

Der Lübecker Volksbote erscheint am Samstag jedes Werktags. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 15.- 21. Okt. 270 Mill. M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 45 Mill. M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtzehnbaltene Petitzeile oder deren Raum 78 Mill. M., auswärtsige Grundpreis 150 Mill. M., mal Schlüsselzahl d. D. Z. N., Beifamml., Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 70 Mill. M., Reklamen 312 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 245.

Freitag, 19. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

## Das Ruhrgebiet vor dem Chaos! Poincare lehnt alles ab! / Sollen die Bergarbeiter verhungern?

Berlin, 18. Oktober.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner gestrigen Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die frühere Besprechung nochmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt.

Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Besprechung die deutschseits vorgeschlagenen Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er die Aufgabe des passiven Widerstandes und ihre Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtern könne, hat der Geschäftsträger darauf hingewiesen, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine

### vollzogene Tatsache

sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes die Wiedererlangung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könnte. Wenn der französische Ministerpräsident bei der ersten Besprechung die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe bezeichnet habe, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokalen Verhandlungen zu fördern.

Der Geschäftsträger hat den französischen Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, welche die Regierungen des Reiches und der Länder den Beamten, insbesondere den Eisenbahnern, im besetzten Gebiet erteilt haben. Ebenso hat er ihm die Richtlinien für die Industriellen bekanntgegeben. Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer

### völligen Zersplitterung, Ratlosigkeit und Untätigkeit

im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen.

Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen

an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im Einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig sich letzterdings außerstande sei, diese Finanzierung seinerseits vorzunehmen, und hat im Zusammenhang damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hinabgewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzweige der Arbeit zwar zunächst wieder aufzunehmen, aber schon nach wenigen Tagen in Folge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufgeben müßten. Nachdem die Unterstützungsleistungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß

550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Substanzmittel dem Verhungern gegenüberstünden

und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzweige abhängt. Die deutsche Regierung sehe diese zwangsläufige Entwicklung klar vor Augen, stehe ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber.

Im Anschluß hieran hat der Geschäftsträger auch die Gründe dargelegt, welche die Reichsregierung veranlaßt haben, die Kohlensteuer aufzuheben.

Was die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach Ansicht der deutschen Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Mächten stattfinden müßten. Die Reichsregierung halte es für ratsam und glaube auch den Wünschen von Poincare geäußerten Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet

### kategorisch abgelehnt.

Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Bundesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein

### Element des Widerstandes

bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig bräuh, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch

die Reparationskommission werde er so lange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

\*

Das Ruhrgebiet steht vor einem, von Poincare bewußt heraufbeschworenen Chaos, wenn nicht noch in letzter Stunde die Vernunft siegt. Die Reichsregierung ist bereit, ihr Möglichstes für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu tun, während die französische Besatzung Anweisung hat, die Wiederaufnahme der Arbeit abhängig zu machen von der Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen und der Erfüllung bestimmter finanzieller Verpflichtungen. So fordert sie von den Besatzungsbefehlshabern die Nachzahlung der Kohlensteuern in Gold, zum mindesten für die ersten Quartale des Jahres 1923. Außerdem trägt sie sich mit dem Gedanken, die westfälische Kohlenförderung mit einer Steuer zu belasten. Die Schwerindustrie ist bereit, die Kohlensteuer nachzuzahlen, wenn sie über die beschlagnahmte Kohle wenigstens zum Teil zur Inangabelegung der stillgelegten Werke verfügen darf. Der größte Teil der Besatzungsbefehlshaber weigert sich aber, die Naturallieferungen wieder aufzunehmen, solange ihre Bezahlung nicht sichergestellt ist. Bekanntlich hat sich der Reichskanzler in seinem Brief an Stinnes vom 12. Oktober außerstande erklärt, die Lieferungen an Reparationskohle zu begleichen. Das Reich ist einfach nicht in der Lage, Naturalleistungen zu zahlen. Die 17-18 Prozent der Kohlenförderung und 33 Prozent der Kokszerzeugung des Jahres 1922 betragen. Das ist mehr als verständlich. Heute noch, bei einem Goldbesitz von mindestens 1600 Millionen Mark deckt das Reich 95 Prozent seiner Ausgaben durch die Notenpresse. Schon diese Tatsache beweist auch die Undurchführbarkeit der französischen Aufforderung, zwecks Bezahlung der Naturalleistungen die Notenpresse schneller laufen zu lassen. Selbst wenn die Regierung zu diesem Mittel greifen wollte, so würde es sich in ganz kurzer Zeit als unmöglich erweisen. Die Inflation hat in Deutschland ihre natürliche Grenze gefunden. Die Mark ist repudiert.

Angesichts dieser Verhältnisse und der Gegenforderungen der Besatzung müßten die am Mittwoch in Düsseldorf von den Industriellen geführten Verhandlungen ebenfalls scheitern. Frankreich und Belgien dürften deshalb jetzt zur Beschlagnahme der fiskalischen Eruben schreiten. Sie werden sich sehr wahrscheinlich sogar auch, wie die Besatzung der Feste König Ludwig bei Krefeld, über die Bestimmung des Verfallens der Verträge, nach der nur das Reich und die Länder mit ihren Gütern für die Reparationsverpflichtungen haften, hinwegsetzen und Privatgruben beschlagnahmen. Damit ist unseren Gläubigern aber nicht geholfen. Vor allen Dingen machen sie damit das Ruhrgebiet, ihr Pfland, nicht fruchtbar. Denn die Verhältnisse nehmen hier eine höchst gefährliche und bedrohliche Entwicklung. Am Sonnabend, dem 21. Oktober, stellt das Reich seine Lohnversicherungen, die noch immer 66% Prozent betragen, restlos ein. Die neue Marktentwertung hat aber die Löhne der Bergarbeiter pro Mann und Schicht von ungefähr 1,5 Milliarden auf 8 Milliarden emporgehoben. Die Werte erklären die nötig werden den ungeheuren Lohnsummen nicht aufbringen zu können und haben Einstellung der Lohnzahlungen und Massenentlassungen angekündigt. Auf der Rombacher Hütte und in den Stahl- und Eisenwerken im Gelsenkirchener Bezirk ist bereits entsprechend verfahren worden. Eine Bevölkerung von 7-8 Millionen Köpfen dürfte also bald bei stündlich steigenden Lebensmittelpreisen ohne Arbeit und Verdienst sein. Was das bedeutet, braucht nicht dargelegt zu werden. Dem Land der Kohle an der Ruhr und der Gegend droht das Chaos und der Bevölkerung, die seit Monaten im nationalen Sinne treueste Pflichterfüllung gezeigt hat, der Hunger. Die ganze Produktion, die in der verflochtenen Höhe neue verheißungsvolle Ansätze machte, die leider jetzt durch die Verkehrsstörungen und durch die Unmöglichkeit der Kohlenabfuhr vermischt worden sind, wird abermals erschüttert.

Die Reichsregierung hat den französischen Ministerpräsidenten am Mittwoch durch ihren Geschäftsträger in Paris von der ersten Sachlage unterrichten lassen, ohne daß Poincare aber auch nur das geringste Entgegenkommen gezeigt hätte. Dem Reiche bleibt nichts anderes übrig, als sich damit abzufinden und jetzt schleunigst nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, die den Untergang unseres Volkes verhindern können. Eigentlich hat das Reichskabinett schon viel zu lange gezögert. Längst wäre es Zeit gewesen, den übrigen alliierten Ländern in einer Denkschrift die Lage Deutschlands zu unterbreiten und der Reparationskommission einen Vorschlag über die Lösung der Reparationsfrage und der sich hieraus ergebenden Regelung des Ruhrkonfliktes zu machen. Das Versäumte muß schnell nachgeholt werden, ehe es zu spät ist. Gleichzeitig aber bleibt es Pflicht der Regierung, unsere Volksgenossen im Ruhrgebiet nicht verhungern zu lassen. Wenn das Reich schon untergehen soll, dann soll der Untergang insgesamt vollzogen werden und deshalb sind wir der Auffassung, daß es keinen Sinn hat, durch das Hungerleben von Millionen deutscher Volksgenossen Poincare zur Vernunft bringen zu wollen. Dann lieber Fortsetzung der Zubehörswirtschaft bis zum letzten. Bieleicht erkennt auch so die Welt doch einmal, wie mit einem Millionenwurf seit Jahren Schindluder getrieben wird von einem Mann, der angibt, die Wahrheit zu lieben und das Beste zu wollen, dessen Handeln und Treiben in Wirklichkeit aber nur von der Lüge diktiert ist.

Kurs vom 19. Oktober:

Dollar 10,5 Milliarden.

## Währungsbluff: Uebersetzte Inflation! Rentenbank und Rentenmark.

Dr. L. Lübeck, 19. Oktober.

Zunächst eine Berichtigung! Infolge eines ärgerlichen Schreibfehlers hat sich in unserem gestrigen Aufsatz ein fälschlicherweise Fehler eingeschlichen. Die Sachwerte von Industrie werden, wie ausgeführt, mit 3,2 Milliarden Goldmark belastet. Diese Summe ist aber von den Sachwertbesitzern nicht einzuzahlen, sondern sie ist von ihnen lediglich mit sechs Prozent zu verzinsen. (In unseren gestrigen Ausführungen war das Wörtchen von weggeblieben, wodurch der Sinn des Satzes in sein Gegenteil entstellte wurde.)

Die ersten Zinsen, also die ersten wirklichen Einnahmen der Bank, sind am 1. April 1924 fällig. Da sechs Prozent von 3,2 Milliarden einkommen sollen, nimmt die Bank an diesem Zahlungstermin 192 Millionen Goldmark ein. Und dann nach halbjährigen Zwischenräumen jeweils dieselbe Summe.

Auf diese Zinseinkommen einer ziemlich ferneren Zukunft baut nun die Rentenbank einen Rentenbriefberg auf in Höhe von 3,2 Milliarden Goldmark. Welcher reale Wert — wir sprechen hier währungsrechtlich — steht hinter diesem Berg von Rentenbriefen. Die Verzinsung ist gesichert — das ist alles! Ihr wirklicher Wert ist aber nur Schein; denn die Grundschulden können ja gar nicht eingezogen werden. Und diese Rentenbriefe gelten dann als volle Deckung für eine Summe bis zu 3,2 Milliarden Goldmark.

Die Erinnerung an die selig-unseligen Darlehnskassenscheine der Kriegszeit dämmert auf! Grundwert als Deckung! Eine Verkennung des Wesens jeder Golddeke; die ja keinen andern Zweck hat, als Kurschwankungen des geschlichen Zahlungsmittels durch Einlösbarkeit in sofort greifbare Werte zu vermeiden.

Die Geldanleihe des Reiches war garantiert durch die gesamten Privatvermögen der deutschen Volkswirtschaft. Die Rentenmark ist gesichert durch vier Prozent dieser Privatvermögen. In beiden Fällen ist diese Sicherung ungreifbar; eine Redensart.

Und auf solch eine schöne Redensart kann das Reich diesmal mit Hilfe der Rentenbank Zahlungsmittel in Umlauf setzen in Höhe von rund 3 Milliarden Goldmark. 3 Milliarden Goldmark sind heute rund sechs Trillionen Papiermark. (Dieser Zahl hat 18 Nullen!)

Gewiß hatten wir vor dem Kriege eine umlaufende Goldmenge von über drei Milliarden. Aber solange das Papiergeld mit seiner rasenden Umlaufgeschwindigkeit und seiner Unfähigkeit, Werte aufzubewahren, geschliches Zahlungsmittel bleibt, hat die deutsche Wirtschaft für den plötzlich vervielfachten Geldumlauf keine Auffangungsmöglichkeit.

Nie ist eine Währung mit einem größeren Bluff überfallen worden, als diesmal die deutsche. Nie ist eine Inflation von so riesigem Ausmaß von einem Tag zum andern beschloffen worden.

Man überlege! Banken und Großindustrie werden die neue Rentenmark sofort in ihren Zahlungsvorkehr einführen. Ungeheure Papiermarktmengen werden dadurch — heute schon — überflüssig. Diese Papiermarktmengen werden aber keineswegs verbrannt oder eingepökelt, sondern sie werden auf der Börse und dem Warenmarkt wie erschreckte Schafe umherirren und nach Weiden suchen. Ihr Wert wird täglich tiefer sinken; der Markt wird ungeheure Papiermengen immer wieder ausspeien. Die Papiermark — unser geschliches Zahlungsmittel, unser Lohnmittel auch — wird zerfallen, verwehen, verkaufen! Die Papiermark wird nicht mehr sein! Und dann?

Wird dann die Rentenmark als neue Währung sich einschleichen? Dann wird sich das Hohlle ihres Wesens sofort zeigen. Sie ist ja ohne brauchbare Deckung! Und sie wird sofort den Tanz nach unten aufnehmen. Denn unsere Zahlungsbilanz wird nach wie vor passiv sein! Gewiß, die Rentenbriefe werden als günstige Kapitalanlage gepamstert werden. Denn sie lauten ja auf Goldmark! Die Rentenmark aber wird nach Inflation schreien; und sie wird den ganzen Berg von Rentenbriefen einem der Rentenbank aus den Kassenschranken holen; oder die Rentenbank muß die Einlösung einstellen.

Wahrscheinlich wird es aber soweit nicht kommen. Denn nach kürzester Zeit wird der Schrei nach einer neuen wirklichen Währung wieder ertönen. Und dann werden neue Projekte geplant und vielleicht auch durchgeführt.

Immer aber wird das Volk geprellt sein; und immer werden alle Währungsversuche daran scheitern, daß sie die Substanz der Volkswirtschaft schonen wollen.

Der ganze Rentenmarkplan ist weiter nichts als eine riesenhafte Anleihe des deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft. Diese Anleihe wird aber weder aus dem Ertrag hergeleitet, noch wird sie der Substanz entzogen. Sondern es wird einfach die Notenpresse in Bewegung gesetzt. Genau wie bisher, nur in viel größerem Kaliber. Inflation in überlegter Form! Kein einziges Merkmal der inflatorischen Aufblähung des Volkvermögens fehlt. Und die Wirkung wird fürchterlich sein.

Wir wundern uns darüber, daß so ausgezeichnete Sachverständige, wie sie mitgearbeitet haben, das Schädliche des Unternehmens nicht einsehen. Wahrscheinlich deshalb nicht einsehen

# Die sächsische Regierung im Kampf.

## Gesler soll entscheiden!

SPD. Dresden, 17. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Im sächsischen Landtag wurde am Mittwoch die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt. Diese Fortsetzung bewegte sich fast ausschließlich in polemischen Bahnen und im persönlichen Kampf gegen den Ministerpräsidenten Genossen Dr. Zeigner. Im Verlauf der Debatte bezeichnete Genosse Zeigner die von den bürgerlichen Rednern über ihn verbreiteten Dinge als Klatsch und weist es entschieden zurück, daß ihn die Gegner der Unwahrheit bezichtigen. In der Regierungserklärung werde ausdrücklich festgelegt, daß die beiden kommunistischen Minister den Eid auf die Verfassung geleistet haben. Er stelle das Protokoll gern zur Verfügung. Gegenüber den Ablehnungen einer Diktatur des Großkapitals durch bürgerliche Diskussionsredner stellt der Ministerpräsident fest, daß Stinnes 30 Unternehmungen im Ausland besitze und in weiteren 245 Unternehmungen das Übergewicht hat. Welch ungeheuren Reichtum dieser Industriemagnat besitzt, beweist, daß er die Kosten für die gesamte illegale Reichswehr bestreite. Wir haben heute eine kaum noch vermittelte Diktatur des Militärs und des Großkapitals. Der sächsische Regierung ist heute ein Schreiben des Generals Müller zugegangen, in dem unter Hinweis auf die Rede des Ministers Böttcher in Leipzig eine unzweideutige Erklärung darüber verlangt wird, ob die Regierung mit dem Geiste und dem Wortlaut der Böttcher'schen Ausführung einverstanden ist oder ob die Regierung gewillt ist, nach seinen Weisungen zu handeln. (Leb's. Hört, hört! links; Sehr richtig! rechts.) Sie müssen wissen, daß die Regierung nicht dem Militärbefehlshaber verantwortlich ist, sondern der Militärbefehlshaber der Regierung. Der General Müller hat eine Erklärung zur Unterschrift beigelegt des Inhalts, daß Böttcher's Rede als eine Entgeißelung bezeichnet wird. (Hört, hört!) Das alles geschieht im Auftrage eines demokratischen Ministers. Wenn die Parlamente sich solche Dinge gefallen lassen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn man den Parlamenten in Deutschland immer mehr jede Bedeutung abspricht. Die Regierung ist nur dem Landtage verantwortlich. Die nächsten, die man mundtot machen wird, sind sie, die Demokraten, selbst.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung, in der auch die Minister Graupe und Hedert das Wort nahmen, erwiesen sich die Demokraten als eifrige Verfechter des Belagerungsstatus. Am Schluß der Sitzung gab Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner eine Regierungserklärung ab, in der es u. a. heißt: „Das Reich war gezwungen, den Ausnahmezustand zu verhängen. In allen offiziellen Mitteilungen aus Berlin wurde darauf hingewiesen, daß das Reich so verfahren mußte, um gegenüber Bayern Herr der Situation bleiben zu können. Herr v. Lossow ist nicht wegen den Verfassungswidrigen Generalsstaatskommissar eingeworfen, er ordnet sich ihm unter. Mit Behagen konstatiert die Münchener offizielle Presse: Wir haben die größere Macht, nicht das Reich. Herr Dr. v. Kahr aber handelt gegen das Reich, gegen Gesetz und Verfassung. Ganz Bayern ist ein Heerlager. In Bayern wird die Steuerabgabe organisiert. Bayern regelt die Lebensmittelversorgung selbständig und schließt sich gegenüber dem Reich ab. Es verhindert die Fortführung der in Nürnberg liegenden, dem Reich gehörigen Goldbestände. Bayern organisiert den Kampf gegen das Reich. Warum handelt das Reich nicht? Wir leben ja, daß das Reich an anderen Stellen handeln kann, hier in Sachsen und in anderen Teilen des Reiches. Die erste Verordnung des sächsischen Wehrkreis-Befehlshabers enthält die Erklärung, daß die Regierungen in Wirksamkeit bleiben. Schon diese Erklärung mußte bestreiten. War denn der Ausnahmezustand etwa verhängt, um Regierungen zu kürzen? Am 20. September wurde mitgeteilt, daß das Wehrkreis-Kommando den Reichswehrminister zum Einschreiten veranlassen wolle, falls hier im Landtag die Interpellationen über die Beziehungen zwischen Reichswehr und illegalen Organisationen zur Sprache gebracht würden. In einem Schreiben vom 9. Oktober kündigt das Wehrkreis-Kommando an, daß es Vertreter der sächsischen Regierung künftighin zu vertraulichen Besprechungen nicht mehr empfangen wolle. Wir sind nicht dem Wehrkreis-Kommandeur Rechenschaft schuldig, weder für amtliche noch für private Äußerungen eines unserer Mitglieder. Noch haben wir nicht die Militärdiktatur als legale Einrichtung, noch ist Sachsen ein parlamentarisch regiertes Staat. Für amtliche Äußerungen sind wir Ihnen nicht dem Generalleutnant Müller Rede und Antwort schuldig. Herr Generalleutnant Müller schreibt, er habe bisher die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung genommen, für ihre Fortführung müsse er um unzweideutige Erklärungen der Regierung bis morgen früh bitten und er fordert, daß die sächsische Regierung die ihm zu gebende Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlichen. Er verlangt sogar Maßnahmen der Regierung gegen Neben ihrer Mitglieder. Gegenüber diesen rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generalleutnants Müller erkläre ich für die sächsische Regierung: Wir lehnen es ab, ihm Antwort zu geben. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, wir werden verfassungsmäßige Anord-

nungen einer über uns stehenden Reichsbehörde ausführen. Für den Fall aber, daß der Generalleutnant Müller diese Andeutungen wahr machen sollte, daß er die Fortführung der Mitarbeit der sächsischen Regierung nur gestatten werde, falls wir ihm Rede und Antwort geben, für diesen Fall erkläre ich schon jetzt: Herr General Müller scheint nicht zu wissen, daß er im Begriffe steht, den Boden des Rechts und der Verfassung zu verlassen. Wir warnen. Aber wir warnen nicht nur, wir fordern auch von der Reichsregierung, daß endlich gegen ein so unwürdiges Verhalten durchgegriffen und eingeschritten wird.“

Schlieflich wurde das deutsch-nationale Misstrauensvotum gegen die Regierung mit den sozialistisch-kommunistischen Stimmen gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Zu dem verhängnisvollen Konflikt zwischen der sächsischen Regierung und dem General Müller schrieb gestern der „Vorw.“:

Für Sachsen und für das ganze Reich ist heute wieder einmal ein kritischer Tag erster Ordnung. Der Konflikt zwischen der Militärgewalt und der Zivilgewalt ist zu einer Höhe gediehen, auf der nur noch zweierlei möglich scheint: Entladung oder Einlenken auf den Weg der Verständigung. Die Verständigung ist möglich, wenn man vom Reich aus mit weniger Heberkeit und Nervosität an die Dinge herantritt, aber natürlich ist auch von sächsischer Seite etwas dazu zu tun. Insbesondere wird auf die kommunistischen Neulinge im Regierungsgeschäft in aller Vertraulichkeit, aber auch mit aller Entschiedenheit einzuwirken sein, daß sie künftig nicht mehr durch törichte Redensarten den Gegnern der sächsischen Regierung bequeme Handhaben zum Einschreiten bieten mögen.

Daß die sächsische Regierung trotzdem das „Ultimatum“ des Generals Müller ablehnen mußte, ist selbstverständlich. Es scheint uns unmöglich, ihr einen Strich daraus zu drehen, daß sie eine Zustimmung ablehnte, auf die sie, wie jeder ruhige Beobachter einsehen, gar nicht eingehen konnte. Darum nehmen wir mit Bestimmtheit an, daß die Suppe in Dresden nicht so heiß gegessen werden wird, wie sie gekocht wurde.

Wer in der auswärtigen Politik die Gewalt für das bedeutendste Mittel zur Austragung von Konflikten hält, wird diesen Grundgedanken auch auf die innere Politik zur Anwendung bringen müssen. Darum ist jede Scharfmacherei, mag sie von militärischer oder kommunistischer Seite kommen, abzulehnen. Man muß sich auf allen Seiten dessen bewußt bleiben, daß wir vor schwierigen und entscheidungsschweren außenpolitischen Verhandlungen stehen und für sie den Rest an staatlicher Einheit und staatlicher Ordnung, den wir noch besitzen, aufrecht erhalten müssen. Siegt diese Einsicht, so bleibt die Hoffnung, daß man um eine äußerste Verschärfung der sächsischen Krise herumkommen wird.

Unter allen Umständen muß aber volle Klarheit darüber bestehen, daß die Sozialdemokratische Partei ultimative Schritte gegen die verfassungsmäßige sächsische Regierung nicht billigen kann. Auch diejenigen ihrer Mitglieder, die von der Koalition mit den Kommunisten alles andere als entzweit sind, würden solchen Schritten verständnislos gegenüberstehen und sie entschieden ablehnen. Daraus würden sich aber für die Fortsetzung der Reichspolitik Gefahren ergeben, auf die wir schon heute morgen hingewiesen haben.

Inzwischen haben sich heute mittag die Genossen Hermann Müller und Wels zum Reichspräsidenten begeben. Die Ernennung des Genossen Meier-Zwidau zum Zivilkommissar des Wehrkreises IV ist erfolgt. Es sind also Kräfte am Werk, um das Unheil zu beschwören, das über Sachsen und das ganze Reich heraufzuziehen droht.

Dresden, 18. Oktober.

Das Wehrkreis-Kommando IV teilt soeben mit: Ministerpräsident Dr. Zeigner hat auf das am 17. Oktober an ihn gerichtete Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreises IV, in dem um eine unzweideutige Stellungnahme des sächsischen Gesamtministeriums zu den Ausführungen des Ministers Böttcher am 13. Oktober in Leipzig gebeten wurde, innerhalb der erbetenen Frist keine Antwort erteilt. Der Befehlshaber hat daraufhin heute nachmittag an den Herrn Ministerpräsidenten nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. Oktober nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Ungelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe. Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung

Müller.

## Rosbach wirkt.

SPD. München, 18. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Rosbach ist in München und hat die Führung des nach ihm benannten Sturmtrupps der Nationalsozialisten übernommen. Die Uebernahme des Münchener Kommandos wird am Freitagabend von den Hakenkreuzlern in einer besonderen Versammlung gefeiert, in der neben Hitler auch Rosbach sprechen wird. Die Feier sollte ursprünglich öffentlich sein, was der Generalsstaatskommissar aber nicht duldet. Sie wurde aber genehmigt in der Form, daß der Zutritt nur gegen Vorweis besonderer Einladungskarten oder dem Ausweis der Kampfbundorganisation und der Nationalsozialisten gestattet ist. Je nachdem es mit diesen „Einladungskarten“ gehalten wird, kann man diese Versammlung auch als eine öffentliche ansprechen. Von einem durch den Reichswehrminister erteilten Schutzhafteibefehl gegen Rosbach ist den hiesigen Behörden „offiziell“ nichts bekannt.

## Lossows ruhmvolles Ende.

Der Kommandeur des bayrischen Wehrkreises, General von Lossow, wird, wie wir erfahren, am Freitag vom Reichswehrminister abberufen werden.

weil sie die ganze Rentenangelegenheit nur von privatwirtschaftlich-pantheistischem Standpunkt betrachten. Und das tiefe Verständnis für die Währung außer acht lassen.

Auch die Droßelung der Notenpresse ist unter den beachtlichen Umständen nur eine schöne Redensart. Denn die Einführung der Schatzanweisung mit Hilfe der Rentenmark vermindert ja nicht den Papiergeldumlauf; sondern wirkt nur Gelderlass in Form der Rentenmark auf den Markt. Und was nützt die Stilllegung der Notenpresse, wenn die Rentennotenpresse dafür zehnfache Arbeit leistet.

Wir sind überzeugt davon, daß nach wenigen Wochen alle Welt über den verheerenden Plan schimpfen wird. Wenn nicht die Rentenmark ebenso lang- und kluglos vorbeiziehen wird wie Dollar- und Goldanleihe.

Man wird ja sehen! Maßnahmen ganz anderer Art werden sich als nötig erweisen. Wir haben sie schon oft ausgedeutet; sodas wir heute nichts darüber sagen wollen. Aber eins ist sicher: Von manchem verrosteten Nibelingsgandanten müssen die bürgerlichen Politiker noch Abschied nehmen. Das Bürgertum arbeitet mit ganz verböhrtter Engstirnigkeit an seinem Selbstmord. Alle unsere Warnungen haben bisher nichts genutzt! Werden sie auch in Zukunft so ungehört verhallen?

Dabei sind wir uns über eins völlig klar: Der endgültige Zusammenbruch des Kapitalismus würde auch die Arbeiterschaft in den Abgrund wirbeln. Ein Land wie Deutschland, das einem kapitalistischen Weltmachtskoloss wie die Entente auf Geheiß und Verberb ausgeliefert und zur Fron verpflichtet ist, kann im gegenwärtigen Augenblick nur kapitalistisch weiterkommen. Der Sozialismus würde sich sofort in den Angeln der kapitalistischen Weltpolitik verfangen und festlaufen. Nicht Kapitalismus oder Sozialismus ist im gegenwärtigen Zeitpunkt die Frage! Sondern Kapitalismus oder Kolonie!

Man muß den Mut zur rückwärtslosen Wahrheit haben; allen kommunistischen Gedeckelungen zum Trotz; allen kurzfristigen Schlagworten zum Trotz. Aber das Bürgertum muß endlich den Willen zum Opfer aufbringen! Oder eine rückwärtslose Regierung muß ihm diesen Willen beibringen! Stresemann scheint diese Regierung nicht um sich verlammt zu haben. Sie lebt von der Hand in den Mund! Sie lebt von schön frisierteter Inflation! Sie lebt vom Hunger des Volkes.

Und der Leidensweg des deutschen Volkes wird auch weiterhin keine jermirbend-trotzlichen Kurven ziehen. Wann wird endlich das Volk aufwachen? Wann wird es sich von der Herrschaft der billigen Gesetze und noch billigeren Schlagworte freimachen? Wann wird es sich mit der unerbittlich-takten Tarnsache unseres Zusammenbruchs abfinden und daraus die ebenso unerbittlich-takten Folgerungen nach innen und außen ziehen?

Wir warnen und rufen seit langem. Und wir tun es heute wieder.

★

Noch eine kurze Nachbemerkung ist zu machen. Die neuen Rentenmarkscheine sind erst in etwa zwei bis drei Wochen im Druck fertig. Bis dahin soll die Goldanleihe vorläufig ihre Stelle vertreten. Natürlich in entsprechender kleiner Stückelung. Das ist deswegen leicht möglich, weil der Reichstag vor Monaten eine Goldanleihe von 500 Millionen Goldmark bewilligt hat. Davon sind kaum 200 Millionen geschonert worden. Die Regierung kann also weitere Stücke noch ausgeben. Das geschieht nicht durch Zeichnung; sondern in freierhandigem Verkauf der Anleihestücke durch die Reichsbank. Der Erfolg dieses ersten „wertbehaltenden Umlaufmittels“ ist der neue Markkurs. Gehern höhere der Dollar acht Milliarden; heute wird er bedeutend mehr kosten. Und nächste Woche?

Daher sehen wir in die Zukunft. Alle wertbehaltenden Anleihen sind eben nutzlos, wenn das gebürliche, das gesellschaftliche Zahlungsmittel von Tag zu Tag in seinem Werte nach unten rutscht wie eine Schneeflocke.

Darum leidet eben der Proletarier Hunger — Hunger — Hunger. Und das muß auf die Dauer zum Zusammenbruch führen.

## Stinnes behandelt weiter.

Paris, 18. Oktober.

Wie der französische Pressen aus Düsseldorf gemeldet wird, hat Stinnes, in Begleitung von Kähler und Bögl, gestern mittag wiederum eine über zwei Stunden lange Unterredung mit Vertretern der Belagerungsbehörden gehabt. Stinnes und seine Begleiter verlangten den Direktor der Interalliierten Kontrollkommission zu sprechen. Dieser befand sich jedoch in Paris. Stinnes und die übrigen Industriellen wurden infolge dessen von keinem Stellvertreter und von dem heiligen Vertreter Haunemann empfangen. Zu Beginn der Unterhaltung — so berichtet der „Petit Parisien“ — spielte Stinnes auf die Erklärungen Stresemanns an, der ausgeführt habe, das Reich sei ausschließlich nicht in der Lage, den Grabenbesatzern die Lieferungen, die sie der Entente für Reparationen leisten würden, zu bezahlen. Ansolgedessen könnten die Grabenbesatzer die Lieferungen nicht wieder annehmen. Die anwesenden französischen und belgischen Herren erklärten, daß sie aber bereits mit einigen Grabenbesatzern des Ruhrgebietes Abkommen geschlossen hätten, wonach diese nicht nur den Abtransport der Rohstoffe selber vornehmen würden, sondern ihre Produktion für Reparationskonto zur Verfügung zu stellen bereit seien. Die französischen und belgischen Herren fragten Stinnes, ob die Graben, die er vertrete, bereit seien, diesem Beispiel zu folgen. Stinnes habe darauf mit Nein geantwortet, und erklärt, solange die Reichsregierung nicht die Zahlungsbereitschaft nicht daran gebracht werden, die Lieferungen wieder aufzunehmen.

In mehreren Blättern wird zum Ausdruck gebracht, daß die gestrigen Ausführungen des deutschen Geschäftsträgers wirksamer gewesen wären, wenn nicht gleichzeitig Stinnes in Düsseldorf bei den Belagerungsbehörden einen neuen Schritt unternommen hätte.

## „Kategorische Bedingungen“.

Verbindungen nach Deutschland abgelehnt.

Paris, 18. Oktober.

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß zu Beginn der vergangenen Woche zwischen dem Direktor der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft Strauß und deutschen Eisenbahnbetriebsräten über wesentliche Fragen bei der Wiedereröffnung der Arbeit durch die deutschen Eisenbahnbetriebsräte Verhandlungen stattgefunden haben. Gleichwohl sei über diejenigen wesentlichen Fragen, die bei der Wiedereröffnung der Eisenbahnbetriebe zwischen dem belgischen Gebiet und dem unbesetzten Deutschland entstehen würden,

## Bayern bricht die diplomatischen Beziehungen ab!!

SPD. München, 18. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die sächsische Regierung hat der bayrischen Regierung die Abberufung des Geschäftsträgers Diemebrowski mitgeteilt und gleichfalls weitere Nachrichten wegen der Wiederbesetzung der sächsischen Konsulate in München in Aussicht gestellt. Inzwischen hat die bayrische Regierung das sächsische Kabinett davon unterrichtet, daß sie, solange die Kommunisten in der sächsischen Regierung vertreten sind, nicht in der Lage sei, den neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Gleichzeitig hat Bayern seinen Gesandten bei der sächsischen Regierung von seinem Posten abberufen.

gesprachen worden. Strauß hatte im Einverständnis mit Tirard und General Degoutte in den beiden Punkten eine Reihe kategorischer Bedingungen gestellt. Die deutsche Eisenbahnverwaltung habe nunmehr mitgeteilt, daß die Zustimmung zu diesen Bedingungen lediglich Sache der deutschen Regierung sei. Unter diesen Umständen, so wörtlich Strauß in einer Meldung über diese Frage aus, werde die französisch-belgische Regie bis auf weiteres darauf beschränkt, nach und nach einen vollkommenen Dienst auf den Linien der besetzten Gebiete herzustellen, unter Ausschluß jeder Wiedereröffnung der Eisenbahnbeziehungen mit der deutschen Eisenbahnverwaltung.

# Der Flottengesetzskandal in Holland.

(Von unserem holländischen Korrespondenten.)

Amsterdam, 14. Oktober.

Am 3. November 1921 ließ die bürgerliche Koalitionsregierung Hollands dem Parlament den Entwurf eines Flottengesetzes zugehen, durch das nicht nur die öffentliche Meinung des Landes selbst beunruhigt wurde, sondern auch im Ausland, besonders in England, Japan und Amerika höchste man auf. Das Gesetz sieht den Bau einer Flotte vor, die Hollands Kolonien in Indien verteidigen soll. Während 12 Jahren sollen Holland und Indien jährlich 20 Millionen Gulden zahlen, die indische Kolonie überdies noch 30 Jahre lang jährlich 6 Millionen Gulden. Dabei sind die holländischen Staatsschulden während des Weltkrieges von 1200 auf 2500 Millionen Gulden gestiegen, so daß in den nächsten 20 Jahren jährlich etwa 80 Millionen Gulden für Zinsen und Tilgung dieser Schuld aufgebracht werden müssen. Das Defizit des Haushalts wächst daneben unaufhörlich. Dennoch müht die Regierung dem Volke diese unverantwortliche Rüstung zu. Das kann sich das christlich-kerikale Kabinett erlauben, weil es ihm bei den letzten Wahlen gelang, die katholischen Arbeiter zu überlisteln. Als im März 1922 der Flottengesetzentwurf vor der Volksvertretung zur Beratung kommen sollte, erhob sich bei den katholischen Wählern eine starke Opposition. Um die Koalition nicht zu sprengen, verschob man die Beratung bis nach den Wahlen. Die Wähler brachten eine reaktionäre Mehrheit von 60 gegen 40 Abgeordnete. Nunmehr hat die Regierung freies Spiel, die Annahme des wahnwitzigen Gesetzes scheint ihr gesichert.

Seinerzeit ist der Finanzminister de Geer zurückgetreten, weil er das Flottengesetz nicht verantworten zu können glaubte. An seine Stelle trat der Führer der antirevolutionären Partei Dolyn, dessen Programm Erhöhung der indirekten Steuern, Abbau der Beamtgehälter um 20 Proz., Wegfall der Staatszuschüsse an Arbeitslose usw. vorsieht. Dolyn, der holländische Mussolini, galt von jeher als gerissener und energischer Geschäftsmann, der in Indien als Beamter, Militär und zuletzt als Gouvernements-Sekretär eine glänzende Karriere gemacht hat. Bis vor kurzem war er noch Direktor der königlich niederländischen Petroleum-Gesellschaft (Royal Dutch Co.). Der gewaltige Einfluß dieses englisch-holländischen Petroleum-Trustes spielt natürlich eine entscheidende Rolle bei dem Versuch der Schaffung einer starken holländischen Kriegsflotte. Der Kriegsflottenplan wird so schließlich zum Petroleum-Flottenplan.

In dieser Erkenntnis entfalteten die Gegner dieser kapitalistisch-militaristischen Rüstung eine doppelt lebhaftere Agitation gegen die Regierungspläne. So veranstaltete die Arbeiterpartei Hollands Ende September eine gewaltige Kundgebung gegen die Reaktion und den Militarismus, für den Achtstundentag und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer. Es war das die größte Demonstration, die die Geschichte der holländischen Arbeiterbewegung bisher gesehen hat. Über 80 000 Demonstranten waren aus allen Gegenden des Landes nach Amsterdam gekommen. Dem überwältigenden Eindruck konnten sich auch die bürgerlichen Parteien nicht entziehen. Außerdem haben die Sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftsbund Listen über ein Volksbegehren gegen den Rüstungswahnsinn im Lande aufgelegt. Am Tage, wo das Unterhaus seine Beratungen wieder aufnimmt, werden sämtliche Listen mit den Unterschriften der Regierung überreicht, um damit den Kampf gegen die Flottenrüstung erneut aufzunehmen.

## Hitler ist guter Hoffnung!

Entscheidung diesen Winter.

Rom, 17. Oktober.

Der „Corriere Italiano“ bringt an erster Stelle eine lange Unterredung seines Sonderberichterstatters mit Hitler. „Das künge Deutschland bereitet den Umsturz vor!“ lautet die große Leberbeschriftung. Hitler empfing den Berichterstatter in der Redaktion des „Wölkischen Beobachters“ mit einem Hymnus auf Mussolini, der allein in Europa den Marxismus niedergeschlagen und damit sein Land gerettet habe. Hitler erkennt zwar an, daß in

beiden Ländern die Dinge verkehrt liegen, jedoch wollten die Nationalsozialisten daselbst: nämlich die Überwindung des parlamentarischen Mehrheitsprinzips durch den nationalen Geist. Ahr ist für Hitler ein ausgezeichnetes Vorbild. Er regierte mit Paragrafen, überhaupt seien alle diese Männer zu schwach, um den Jugiasfall auszumitteln. Das Fundament der Nationalsozialisten ist nach Hitler der Antisemitismus. Die Judenfrage sei entscheidend für die Existenz des Staates. Als der Korrespondent Näheres über den Marsch nach Berlin wissen wollte, antwortete Hitler lächelnd: „Ich bin wie eine Spinne, die den Tag erwartet, der kommen wird.“ Hitler sagte weiter, er bekämpfe augenblicklich Ahr nicht; dieser bekämpfe sich selbst. Mebrigens möchte er nie bayerischer Minister werden. Die Staatsform, schloß Hitler, sei gegenwärtig nicht das Wichtigste. Für die nächste Zukunft sei nur eine einzige Form möglich: brutale nationale Diktatur. „Und wer soll Diktator sein?“ fragte der Korrespondent. „Das Gewissen der Nation wird ihn rufen“, antwortete Hitler. „Ich bin kein Prophet, aber ich habe die Überzeugung, daß im Winter die Entscheidung fallen wird.“

Das war schon bei den alten Juden so. Wenn wildgewordene Spiegbürger für ihren ersten Nachtrausch keine Erfüllung fanden, so gingen sie unter die Propheten und schließlich wurden sie ganz gewöhnliche Schwächer. Hitlers Weg! Nur mit dem einen Unterschied, daß Hitler vom ersten Tage an nichts anderes gewesen ist als ein Schwächer.

## Volkswirtschaft.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in England.

Die Arbeitslosenliste hat sich in England weiter verhärtet. Die vorliegenden Berichte bezeugen eine weitere Steigerung der Erwerbslosenziffern. In Newcastle gibt es allein 20 013 Arbeitslose. In Northshire und Northumberland beläuft sich ihre Zahl auf 257 649. Eine besonders schlechte Konjunktur hat die Baumwollindustrie. In Bradford, dem Mittelpunkt des Webereibezirkes, gibt es allein 16 811 Arbeitslose, darunter 4 000 Arbeiterinnen. Im Freistaat Irland sind die Verhältnisse nicht besser. Die Zahl der Arbeitslosen betrug hier im Anfange dieses Monats 12 780.

Arbeiterpartei und wirtschaftliche Notwendigkeit.

Vom Deutschen Textilarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Arbeiterpartei hat bisher in allen Fällen, wo die Leistung von Überstunden wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprach, sich dieser Notwendigkeit nicht verschlossen und auf dem Wege freier Vereinbarung in hohem Maße Überstunden geleistet. Das gilt besonders für die Bergarbeiter, aber auch auf die Textilindustrie trifft das zu. In den Textilbetrieben Sachsens wurde nach dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1921 nicht weniger als 1 742 032 Überstunden geleistet. Sicher ist die Zahl in Wirklichkeit weit höher, weil nicht alle geleisteten Überstunden von der Berechnung erfaßt worden sind. Bemerkenswert ist, daß diese Überstunden in einer Zeit geleistet wurden, in der die Arbeitslosigkeit unter der Textilarbeiterpartei recht erheblich war. Im Jahre 1922, das eine lebhaftere Konjunktur aufwies, ist die Zahl der Überstunden noch größer gewesen.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Oktober.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	18. Oktober.	17. Oktober.
Amsterdam	1 fl. 3 199 980 000	2 154 600 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 422 940 000	391 270 000
Kristiania	1 Kr. 1 264 830 000	849 870 000
Kopenhagen	1 Kr. 1 432 410 000	967 575 000
Stockholm	1 Kr. 2 154 600 000	1 450 365 000
Helsingfors	1 Finn. Mk. 217 455 000	146 632 500
Rom	1 Lire 371 070 000	251 370 000
London	1 £ 36 907 500 000	24 937 500 000
Newyork	1 Dollar 8 139 600 000	5 436 250 000
Paris	1 Frs. 490 770 000	333 165 000
Zürich	1 Frs. 1 464 330 000	936 527 300
Madrid	1 Pesetas 1 108 235 000	748 125 000
Wien	100 Kr. 115 700 000	77 306 000
Prag	1 Kr. 248 390 000	168 590 000
Budapest	1 Kr. 448 875	299 250 000

## Vermischte Nachrichten.

„Kommissar Fischer.“ Aus Berlin wird berichtet: Der Denikenkommissar hat kaum seine Tätigkeit begonnen, und schon findet sich ein Nachahmer. Der falsche Devisenfänger verzichtet auf Automobil und Schupo, geht vielmehr ganz allein vor, dafür aber auch um so gründlicher. Bis jetzt hat er es hauptsächlich auf Ausländer abgesehen und namentlich Japaner geistert. Er stellt sich ihnen als „Kriminalkommissar Fischer“, Beauftragter des Devisenkommissars, vor. Dabei zeigt er sein Lichtbild und einen Ausweis des Polizeipräsidenten Richter. Dieser Ausweis ist natürlich gefälscht. Die Ausländer glauben jedoch dem Kommissar und entsprechen seiner Aufforderung, ihm die Briefstapel zur Durchsichtung auszufächeln. Haben sie Devisen, so nimmt der „Kommissar“ sie an sich, haben sie keine, so wird das deutsche Geld „beschlagnahmt“. So nahm er einem Herrn, der 4 Milliarden besaß, 3 ab und einem anderen 2 Milliarden von 3, mit der Begründung, sie könnten bis zum Ende des Monats auch mit 1 Milliarde wohl auskommen. In jedem Falle quittiert der Schwindler auf blauem Briefpapier mit der Unterschrift: Fischer, Kriminalkommissar der Devisen“ und bestellte die Leute für den nächsten Tag nach dem Polizeidienstgebäude am Molkenmarkt, Zimmer 4 h.n. Hier erfahren sie dann, daß sie einem Schwindler ins Garn gegangen sind.

Die „komplizierte Familie.“ Man schreibt der Frankf. Zig.: Auch die Bihe haben ihre Geschichte. Das habe ich wieder erfahren, als ich dieser Tage von der „komplizierten Familie“ las. Ich war versucht, den Hut zu ziehen, wie man vor einem alten Bekannten zu tun pflegt. Es war wirklich ein alter Bekannter. Vor etwa vierzig Jahren begannen aus Amerika Nachrichten zu kommen, die in Europa ein gewisses Aufsehen erregten. Es waren meist Räuber- und Mordgeschichten, dazu Meldungen von seltsamen Ereignissen in Natur und Menschenleben, weiter phantastische Erfindungen, Ulfgeschichten u. dergl., die dann von den europäischen Blättern begierig nachgedruckt wurden. Die Nachrichten kamen meist aus dem Territorium Arizona und wurden gewöhnlich dem „Arizona Rider“ zugeschrieben, von dem man aber niemals genau feststellen konnte, wo er erschien und von wem er geschrieben wurde. Unter diesen Geschichten befand sich auch die von der „komplizierten Familie“. Sie hatte allerdings einen anders gearteten Schluß. Denn der „Arizona Rider“ erzählte, daß der Mann, der schließlich entdeckte, daß er sein eigener Großvater geworden war, darüber irrtümlich wurde und sich erhängte. Diesen Schluß konnte freilich der Ausgraber der Geschichte nicht brauchen, denn da er sie von sich selbst erzählte, konnte er nicht gut seinen eigenen Selbstmord melden. Die Tätigkeit des „Arizona Rider“ hatte übrigens ihre wirtschaftlich-politischen Gründe. Als die Pacific-Bahnen gebaut wurden, gab es im Westen der Union den neuen Bahnen entlang, billiges Land und es setzte ein starker Zug von Einwanderern ein. Da fürchteten nun die Industriekönige des Ostens, sie könnten ihre billigen Arbeiter verlieren, und nun war es die Aufgabe des „Arizona Rider“, die Zustände in dem neuen Territorium als so unheimlich hinzustellen, daß sie keinen Menschen zur Einwanderung verlocken konnten. Das war sehr geschickt gemacht; die Mord- und Räuber-geschichten waren in ein packendes Gewand gekleidet. So hieß es z. B. in einem Bericht über ein Singelangel-Konzert: Weber dem Podium war ein großes Mafot angebracht, auf dem zu lesen stand: „Man bittet nicht auf den Klavierspieler zu schießen; er tut kein Bestes!“ Als ob dort jeder Konzertbesucher seinen Revolver mit sich nehme, um sein Mißfallen an den Vorträgen durch ein paar gut oder schlecht gezielte Schüsse auszudrücken! Das war der „Arizona Rider“. Als die Industriekönige merkten, daß ihre Besorgnis unbegründet war, verloren sie das Interesse am „Arizona Rider“ und er verschwand. Die europäischen Unterhaltungsblätter haben das am meisten bedauert. Zum Schluß noch einen der gelungensten Scherze des „Arizona Rider“. Er betrifft die Erfindung eines Amerikaners, der die Hüfner dazu bringen will, mehr Eier zu legen. Er kaufte sich ein Huhn, das im Grunde eine bewegliche Klappe hat. Sobald die Henne ein Ei gelegt hat, drückt dieses die Klappe auf und fällt auf eine weiche Unterlage, worauf die Klappe sich wieder schließt. Wenn die Henne das Ei gelegt hat, sieht sie sich gewohnheitsmäßig nach dem Ei um, sieht keins, denkt, sie habe sich geirrt — und legt geschwind noch eins!

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Deuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapic.

18. Fortsetzung.

Der Herr ist den ganzen Tag in seinem Hüttenwerk, die Amme hat das Kind, nun ist Madeleine Herrin, sie führt die Haushaltung nach ihrem Geschmack, kommandiert, bezahlt, bringt auf den Tisch, was sie will. Dann hat sie eine arme, alte Frau, die läßt sie zur Hausarbeit, für ein paar Sous, kommen, Madeleine lebt als Rentiere. Man könnte sagen, der Herr und die Frau wohnen bei ihr im Hotel. Noch mehr, sie stapelt alle die unnützen Fetzen auf, die Madame kauft, und von Zeit zu Zeit schickt sie einen Ballen zu ihrer Mutter in die Provinz; sie kann schon damit einen Handel anfangen.

Sulette lächelte boshaft. „Ich kenne das alles... ich hörte auch erzählen, daß schließlich das Geld knapp geworden ist; dann hat Madeleine unter dem Vorwand eines Kaufes auf Kredit Madame Coqueho vorgestellt, und unsere Vorlesung verlor die Gnädige mit einem generösen Bewunderer. Und schließlich deutete Madeleine ihrer Gebieterin an, daß Leute von Welt jetzt nur ein Kind hätten, und der Haushalt es nicht ertragen könnte, wenn noch ein zweites käme. Nun verabredet sie gebieterisch beim geringsten Verdacht ihrer Herrin einen Tee „zur Vorsicht“, der auch von Frau Coqueho stammt.“

Rosalie, die mit vorgebeugtem Kopfe, mit ergriffener Miene, zuhörte, flüsterte plötzlich: „Komm, wir sehen uns der Frau ihre Kammer an, stöbern überall herum... wir werden uns wägen...“

Die feuchte Küchenluft lag auf ihren, wie von Küffen heißen Wangen; Geruch von Fischen, Kaffee, Braten, Vanille und Schweiß verflochten sich ineinander.

Die Augen Rosaliens flimmerten seltsam. „Komm doch, das Schlafzimmer der Frau sehen.“ Sulette wollte nicht... dann aber plötzlich in ihren Augen das gleiche Flimmern, wie in denen Rosaliens. Sie gingen dahin...

XIV.

Sulette wurde von ihrer Herrschaft auf der Rue Turbigo nicht weggelassen; sie verließ Paris, um nach Algier überzusiedeln. Da Sulette sich weigerte, ihnen zu folgen, übernahmen sie ihre Unterbringung, und sie erhielt am Tage der Abreise sogar fünfzig Frank Extravergrütung über ihren Lohn. Ihre neue Herrschaft wohnte Rue du Bac, nahe dem Boulevard Saint-Germain.

„Das ist das neue Mädchen“, sagte Frau Leroy, in das Stübchen ihres Mannes tretend. Der Doktor richtete Fragen an Sulette, und näheretend,

prüfte er ihre Zähne, während sie redete. Von dem offenbar guten Gesundheitszustand befriedigt, nickte er seiner Frau zu und sagte mit heiterem Tone: „Sehr gut, sehr gut!“

Während sich die Tür wieder schloß, schmatzte er mit der Zunge gegen seinen Gaumen: „Welche gute Arznei für einen gesunden Mann, ein Mädchen, wie das!“

Albert las in seinem Zimmer. „Das ist das neue Mädchen, mein Kind“, sagte Frau Leroy. „Ah!“ sagte er übertrieben gleichgültig und sah statt nach Sulette auf seine Mutter. Dann steckte er seine Nase schnell wieder ins Buch.

Aber sowie Frau Leroy den Rücken gefehrt hatte, ließ Albert sehr erregt nach dem Spiegel, um sich darin zu betrachten. Er war neunzehn Jahre, blond, mager, ziemlich aufgeschossen, hatte rosigen Teint, an persönlichen Vorzügen bot er ein distinguiertes Äußeres, sehr zarte Haut, schöngebildete Hände, einen Schnurrbart, dessen Spitzen sich schon aufzuwirbeln ließen. Die Mode, der er hinsichtlich des Tragens, der Kravatte, des Jacketts und des Hutes folgte, gab ihm ein englänbermäßiges Aussehen von sympathischer Art. Und seine tiefblauen Augen versprachen eine järrliche Anziehungskraft auf das weibliche Geschlecht auszuüben.

Im Alter von siebzehn Jahren hatte er — wie recht und billig — mit seinen Kameraden die Erlangung des Bakkalaureats durch eine bezahlte Einführung in das Mytherium der Erzeugung gefeiert. Seitdem quälte ihn seine sinnliche Natur viel, für ihn wie für die Kollegen seines Alters war das große Problem, der Zweck, der Traum, der Ehrenstandpunkt „nichts zu zahlen“, gleichgültig woher, die nicht gewerbmäßige Liebe zu erlangen.

Albert und seine Kameraden besaßen keine Beziehungen zur arbeitenden Klasse, sie waren zu jung und unerfahren, um mit der Kategorie der Verkäuferinnen anzuheften, nach hochfliegenden Illusionen und zweifellos Aufregungen hatten sie sich hinter den einzigen praktischen Wunsch, die einzig erreichbare Hoffnung verschänzt: ein Dienstmädchen, ein kleines, nettes Dienstmädchen. Sulette stand in voller, jungfräulicher Reife: unter der matt-schimmernden, feingebirten Haut vermutete man das dralle, schwellende Fleisch. Ungezähmte Kraft belebte das Brunnentengesicht, ihr reiches, hochgekämmtes Haar ließ der ebenmäßigen, gerundeten Stirn volle Freiheit; Eigensinn verräternde Augenbrauen, gleich schwarzen Mündern, mit jäh zuckender Bewegung, beherrschten die Schöbe. Die Wangen wurden gegen das zarte Kinn zu schmal, ein Kinn, das im Jern wie der Körper einer Biene, die zu stechen sucht, erzitterte.

Die noch etwas edigen Formen offenbarten vielleicht mehr Reiz als die gewöhnliche Rundung weiblicher Linien. Die Schultern zeichneten sich unterm Gewand ab; die Einbüdung des hiege-

lames Rückens verriet die heißblütige und mächtige Spannkraft des Kragengeschlechts. Das rote Nieder legte sich geschickt in Falten, um die säumige Entwicklung des Busens zu verbergen; die Hüften fingen an, deutlich, etwas zu stark, hervorzutreten.

In der eleganten Wohnung der Familie Leroy fühlte sich Sulette sogleich heimlich. Trotzdem ahnte sie, daß die Existenz des Herrn Albert sich ihr allzu sehr aufdrängen würde; überall, in der Luft, lag sie die Gegenwart des jungen Mannes ein; daher ein Bangen, eine leichte Betäubung, was ihr, der Neuheit halber, gar nicht einmal unangenehm war.

Als Herr und Frau Leroy schon vom Tisch gegangen waren, blieb Albert eines Abends, Mandeln verpeisend, zurück. Sulette hatte schon abzuräumen begonnen; während sie zwischen Tafel und Büfett hin- und hermanövrierte, begann er höflich im gemächlichen Ton der Verdauungsunterhaltung Fragen an sie zu richten.

„Sie heißen Sulette? Ein gar nicht gewöhnlicher Name! Die Abkürzung von Ursula! Woher kommen Sie? Gefällt Ihnen Paris?“

Auf die latnischen Antworten Sulettens bemerkte er, wie wenn irgendein Vergleich zwischen ihnen beiden erwachsen könnte: „Ich meinerseits bin in Paris geboren, ich bereite mich auf das Examen von Saint-Cyr vor.“

Seit jenem Augenblick behielt er den Ton zerstreuter Vertraulichkeit, den alle Bekanntschaften gestatten, bei. Er blieb oft als letzter bei Tisch und machte sich immer gern in den Zimmern, wo Sulette allein war, zu schaffen. Er ließ sich nicht bedienen, besah nicht, gebrauchte kurze, ganz natürliche Wendungen, um seine kleinen Erlebnisse zu erzählen, um zum Beispiel zu sagen, auf Grund welchen Entschlusses er den Hut wechselte, um zu fragen, ob das Wetter schön bleiben würde, oder auch, welchen Braten man zum Diner aße.

Trotz ihrer scheuen Natur vermochte Sulette nicht daran zu denken, sich gegen diese Unbefangenen, welche keine Hintergedanken verriet, zu verteidigen, und sie vertraute ihm, gewöhnte sich daran, bei Verriahung der Arbeit, wenn sie von einem Zimmer ins andere kam, auf Albert zu stoßen, ihn nahe zu wissen. Und es schien ihr, daß diese große Nähe, dieses erzwungene Beieinandersein im Grunde nichts Ungefundes bedeutete.

Zumeilen plauderte Albert, ohne sie anzusehen, ohne sich in seiner Beschäftigung zu unterbrechen; andere Male wieder ließ er alles im Stich, ruhig hielten seine Augen an ihrer Gestalt, als spräche er zu einem Altersgenossen. Seine Manieren bewiesen, daß Vertrauen, Kameradschaft, Gleichheit zwischen ihm und dem Dienstmädchen herrschten.

(Fortsetzung folgt.)

# Unsere Preise erzählen

## von unserer vielbestaunten Leistungsfähigkeit

die in nachstehenden Angeboten wieder so überzeugend zum Ausdruck kommt.

	Millarden		Millarden		Millarden
Flanell-Blusen offen u. geschlossen zu trag.	1870	Handtuchstoffe rot kar.; ca. 60 cm br. Mtr.	0900	Damen-Strümpfe Baumwolle, engl. lg., Doppelsoble und Ferse . . . . . Paar	1100
Flanell-Blusen mit Doppelmanschetten und Perlmutterknöpfen . . . . .	5910	Blusenflanelle aparte helle Streifen, Mtr.	1450	Damen-Strümpfe Seidengriff, engl. lg., Paar	1650
Damen-Mäntel mit Paspel u. Knopfgarnier.	5900	Herrenkleiderstoffe mit feinem Nadelstreifen, doppeltbreit Mtr.	1800	Damen-Strümpfe Mako, Doppelsohle u. Ferse . . . . . Paar	2100
Damen-Mäntel aus imprägnierten Stoffen .	11100	Mantelstoffe gute Flauchqualität, ca. 190 cm. br. Mtr.	6000	Damen-Strümpfe Kaschmirwolle . . . . . Paar	5400
Damen-Mäntel aus kariert, moll. Winterstoff.	11600	Scheiben-Gardinen abgepaßt, mod. Muster, verschied. Größ., Stück	0390	Herren-Socken gestrickt, reine Wolle, Paar	0975
Damen-Hüte aus Samt, moderne Formen. .	7700	Tüll-Gardinen haltbare Qualität, Meter	0430	Füßlinge Baumwolle . . . . . Paar	0290
Damen-Hüte aus Filz in verschiedenen Farben	10745	Kongreststoff doppeltbr., starkf. Qual., Mtr.	0590	Normalhemden mit Doppelbrust f. Herren	5500
Damen-Hüte Zylinderplüsch, moderne Formen	12565	Künstler-Gardinen 2 Flügel, 1 Behang . . . . . aparte Muster, Garnitur	3900	Makohemden mit Doppelbrust für Herren	4700
Damen-Taghemden gutes Hemdentuch m. Hohlsaum u. Languette	2700	Wachstuch-Reste für Küchentische passend mit kleinen Fehlern, Stück	0490	Normalhosen wollgemischt, für Kinder . . .	2700
Damen-Beinkleider aus solidem Hemdentuch mit Languette . .	2500	Herren-Anzüge Loden, Sport-Facon, mit lang. oder kurzer Hose, . . . . .	38000	Strickhöschen für Kinder . . . . .	0460
Damen-Nachthemden a. gut. Hemdentuch m. Masch.-Stickerel	4500	Herren-Anzüge Manchester, la. Qualitäten	46000	Oberhemden Perkal, mit 2 Kragen . . . . .	7200
Korsette aus gutem Drell mit Languette . . . .	1900	Herren-Hosen in modernen Streifen . . . .	15900	Oberhemden Zephyr, mit 2 Kragen . . . . .	12900
Wiener Schürzen aus gestreift. Siamosen	2500	Burschen-Anzüge neueste Form., g. Qual.	29000	Toiletteseifen verschiedene Gerüche, Stück	0095
Jumper-Schürzen aus hell gestreiften haltbaren Stoffen . . . . .	2800	Herren-Breeches reine Wolle . . . . .	14500	Toiletteseifen fein parfümiert . . . . . Stück	0275
Barmen-Bogen . . . . . Meter	0055	Herren-Windjacken imprägniert . . . . .	7900	Kopfwasser „Bay-Rum“ . . . . . Flasche	0400
Wäschebändchen . . . . . Meter	0050	Jünglings-Sport-Hosen starke Qualit. offen und geschlossen zu tragen, in verschied. Größen	7900	Bohnerwachs . . . . . 1/2-Pfund-Dose	0500
Unterrock-Volants Loch- u. Gittermuster	2000	Knaben-Anzüge	5900	Bohnerwachs . . . . . 1-Pfund-Dose	0950

## Total-Ausverkauf der Abteilungen Haushaltwaren, Galanteriewaren, Schmuckwaren wegen vollständiger Auflösung dieser Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten.

Soweit Vorrat.

Kein Verkauf an Wiederverkäufer.

# Holstenhaus

Lübeck. \* Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. \* G. m. b. H.

Ausföhrten von Tieren  
**P. Paschen,**  
Augustenstraße 25 a.  
Laute dauernd zum Ausföhren geeignete Tiere.

Elegante Damenhüte werden von Tirochris angefertigt (7878)  
Friedenstraße 99.

**Seife**  
Kern-Waschseife usw. läuft nach am vorzuziehenden im  
**Seifenhaus**  
Fischergrube 13.

Kutani u. Gold- und Silber-Druck, Gebirge, einz. Zähne.  
**Willy Westföhlung**  
32 Solfenstr. 32

**J. H. Pein**  
Lübeck  
Markt 19/12  
Breite Straße 64/66.  
Das bekannte Kaufhaus für (7893)  
Arbeiter-Garderoben, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion, Fein-Handarbeiten.

**Steppdecken**  
Anfertigung u. Neuherstellung Spöthmann  
Weite Str. 31, Farnap 5629 (7847)

**Gut, reell, preiswert!**  
Herren- u. Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Gummimäntel, Lodenjoppen, Aussteuer; farbe und eleg. Schuhwaren usw. usw. 7859  
1 Posten Damendwintermäntel, schöne Form, noch sehr billig!  
**Ehlers & Reetwisch**  
Solfenstr. 1. St. Petri 2-4.  
Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

**Berlin- u. Bergnügungs-Verreisen**  
**KOLOSSEUM**  
Sonntag, 21. Okt.  
**Gr. Ball**  
Anfang 7 Uhr. (7877)  
Graphische Niederlage.

Zu dem am Sonntag, 20. Oktober, Anfang 7 Uhr, stattfindenden  
**Finkenberger Reiterball**  
unter Mitwirkung des Kommandanten M. Giesenberg, Frl. Toni Menatti v. Hamb. Trichter, sowie des bekannten Hamburger hoch- und plattdeutschen Volkshumoristen **Adle Otto**, die niederdeutsche Stimmungs-Monarchin, laden ergebenst ein  
**Die Finkenberger Reiter.** (7872)

Lübecker Mandolinen-Klub  
von 1911.  
**BALL**  
am Sonntag, d. 21. Okt., im  
Konzerthaus Flora.  
Anfang 6 Uhr. 7690

**BIOPHON.**  
Großer amerikanischer Schlager: (7689)  
1. Gefangene der Liebe.  
Sittendrama in 6 Akten.  
2. Der Verfluchte.  
Spannendes, aufregendes Sensationsdrama in 6 Akten.  
3. Gerhards Sommerreise  
Reizendes Lustspiel in 2 Akten.

**Kolosseum**  
Morgen Sonnabend  
**Gross. Ball**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. (7697)  
Joh. und R. Mittag.

Lübecker  
Bandonion-Orchester  
**Ball**  
Gonnabend,  
den 20. Oktober,  
in sämtlichen Räumen d.  
Stadthalle.  
Anfang 7 Uhr. (7675)



**Stadthallen-Lichtspiele**  
Heute und folgende Tage!  
Der große amerif. William-Fox-Film:  
**Die Königin von Saba.** (7691)  
Der ewige Rhythmus von Liebe und Leidenschaft raucht mit hinreißender Gewalt durch dieses Werk.  
Das große Wagenrennen im 3. Akt wurde von 25 Operateuren gedreht und bildet eine bisher unerreichte Sensation. Der Film ist in allen Hauptstädten der Welt wochenlang vor ausverkauften Häusern gelaufen. Die enorme Leihmiete, die für diesen Film angewandt wurde, bedingt  
**erhöhte Eintrittspreise!**  
**Der doppelte Knoppyhen.**  
Schwank in 2 Akten.  
**Verstärktes Orchester**  
unter der Leitung unseres Kapellmeisters Herrn **Franz Gödel.**  
**Vorverkauf:** Eine Stunde vor Beginn der Nachm.-Vorstellung.

**Niedermans**  
7637) 8 Uhr.

**Trocadero.**  
Schüsselbud. 4. F. 787  
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Stimmungs-Konzerte.** (7671)

**Hania-Theater.**  
Nur 3 Aufföhrungen:  
Freitag, Gonnabend,  
Sonntag (7685)  
**„Die Försterchristi“**

**Stadttheater Lübeck.**  
Gonnabend, 7.30 Uhr:  
Wolfsbühne  
Marquis v. Keith.  
Sonntag, 11 Uhr: Ein-  
führender Vortrag zu  
Kornagold Lote Stadt  
von Kapellmeister  
Mannstaedt. (7680)  
3 Uhr: Niederdeutsche  
Bühne: De Ver-  
schreibung.  
7.30 Uhr: Wiener Mat.  
Einlöfung der 16. Karten  
für die Niederdeutsche  
Bühne bis Gonnabend  
mittag.  
Die Konzerte im Kolo-  
seum werden aufge-  
hoben.

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 19. Oktober.

### Der Mann, der zählt.

Der französische Dichter Gustave Flaubert schildert in seinem Roman „Julien und Henry“ den Mann, der zählt, mit überzeugender Gleichgültigkeit auch für heute:

Ohne sich dessen bewußt zu sein, hatte er das sichere Auftreten des Mannes, der zählt und der überzeugt ist, daß man ihn achtet. Dies Auftreten läßt sich mit nichts in dieser Welt vergleichen, es ist durch nichts zu ersetzen und nichts kommt ihm nahe. Von zwei Menschen, die zusammen im Restaurant essen, läßt sich der, der zählt, am schwersten auf seinen Stuhl fallen. Die Lehne bracht unter seinem Druck, er ruft den Kellner mit lauter Stimme und schimpft über die zu braune Ente und die schlecht gedankenen Fische. In einem Tabakladen sucht der, der zählt, am lärmtesten nach der gewünschten Zigarre und stößt die Kiste mit der größten Festigkeit zurück, während er sich bitter über die Monopolwirtschaft beklagt. Der eingekadete Freund begnügt sich zu lachen und zündet an, was man ihm gegeben hat. Bei einer Frau von leichtem Sitten ist es wiederum der Zahlende, der seine Stiefel an den Rissen des Sojas abwischt, der seine Hosenträger lockert und seine Weste aufknöpft, um es sich behaglich zu machen. Er faßt auch in Gegenwart der Herrin des Hauses die Kammerjungfer um die Taille, kaut an seinem Zahnschaber, lacht über seine eigenen Witze und gibt Schweinereien zum besten. Es lebe der Mann, der zählt! Seine Unnahbarkeit rechtfertigt sich durch die Feilheit alles dessen, was man kauft, und sein Selbstvertrauen durch den Eifer, mit dem man alles zu seiner Verfügung stellt. Ihm die Ehre! Ihm der Ruhm! Hut ab, meine Herren, er ist unser aller Gebieter!

**Arbeitslose und Notleidende,** die die dänische Staatsangehörigkeit besitzen, können unter Umständen von den vereinigten Dänen in Deutschland einige Hilfe bekommen. Nähere Auskunft darüber, auch für solche Personen, die früher die dänische Staatsangehörigkeit besaßen und durch Heirat die deutsche erworben haben, erteilt die Nordische Gesellschaft, und zwar in der Regel nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr (Donnerstags ausgenommen).

**Der Arbeitsmarkt im September.** Die Gesamtlage auf dem hiesigen Arbeitsmarkt war im September so ungünstig wie noch nie. Die Gesamtzahl der männlichen Arbeitssuchenden überstieg sogar die bisherige Höchstzahl vom Januar 1919 noch um 700. Auch die Zahl der offenen Stellen war leider im Verhältnis zu der großen Zahl der Arbeitssuchenden außerordentlich gering. Es wurden nur rund 400 offene Stellen gemeldet. Lediglich in der Landwirtschaft konnte fast die Hälfte der Arbeitssuchenden vermittelt werden, doch dauerte die Beschäftigung der Vermittelten größtenteils nicht lange, da die meisten Arbeitslosen nur zu kurzen Aushilfsarbeiten bei der Ernte benötigt wurden. Im Metall-, Holz-, Bau- und Nahrungsmittelgewerbe stand die Zunahme der offenen Stellen in gar keinem Verhältnis zu der Zunahme der Arbeitssuchenden. Für die jugendlichen und ungelernen Arbeiter war die Lage gleich schlecht. Für die weiblichen Arbeitskräfte trat zwar auch eine kleine Verschlechterung ein, immerhin war aber die Gesamtlage für sie nicht schlechter als im Durchschnitt der früheren Jahre. Für Hausangestellte nahm die Zahl der offenen Stellen nicht unerheblich ab.

**Falsche 50-Millionen-Scheine.** In den letzten Tagen sind wiederholt falsche Reichsbanknoten zu 50 Millionen Mark der Ausgabe vom 25. 7. 1923 aufgetaucht. Die Falschheine sind hauptsächlich durch folgende Merkmale zu erkennen: In dem rechts befindlichen Hila Rand fehlt das Wasserzeichen gänzlich; die bei den echten Noten im Hila Rand vorhandenen Fasern sind bei den Falschheinen durch schwachen Aufdruck vorgedrückt; die rechts befindliche Kontrollnummer ist nicht wie bei den echten Noten mit Hellrot, sondern mit dunkelroter Farbe hergestellt, auch sind die Zahlen bedeutend kleiner. Der Druck auf den Falschheinen macht einen verschwommenen Eindruck. Die bisher aufgetauchten falschen Noten tragen sämtlich die Serien-Bezeichnung „S“. Das Papier der Falschheine ist bedeutend stärker als das der echten Noten.

**Barlöhne der Landarbeiter!** Zur Errechnung der Löhne der in den Zusatzvereinbarungen zum Provinz-, Dithmarscher und Fehmarnener Tarifvertrag vorgesehenen Gruppen gilt für die Lohnzahlung laut Vörsennotierung der Preis von 8,5 Milliarden und 25 Prozent pro Zentner Roggen.

### Die Not der Gewerkschaften.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband gibt an die Ortsverwaltungen die Anweisung, daß die Erwerbslosenunterstützung mit der 42. Beitragswoche vorläufig aufgehoben wird. Die Gründe hierfür sind darin zu suchen, daß bei der außerordentlichen Geldentwertung, die gerade in den letzten Wochen eingetreten ist, die Mittelleistungen nicht vorhanden sind, um den Kollegen die Erwerbslosenunterstützung zur Auszahlung zu bringen. An sich fällt diese Last für die Erwerbslosen nicht besonders ins Gewicht, da mit der Unterstützung, die bisher gezahlt wurde, sowieso nicht viel anzufangen war, weil auch die fälligen Beitragsmarken gefleht werden mußten.

Trotzdem müssen die Kollegen, wenn sie erwerbslos werden, sich auf dem Verdandsbureau melden, da sie dann berechtigt sind, Erwerbslosenmarken unentgeltlich zu flehen. Auf diese Weise gehen ihnen die bisher bei der Organisation erworbenen Rechte nicht verloren.

Wir hoffen bestimmt, daß unsere Kollegen Verständnis für die schwierige Lage des Vorstandes haben und sich mit dieser Maßgabe, die aus der bittersten Not hervorgegangen ist, abfinden werden, zumal damit zu rechnen ist, daß bei einigermaßen stabilen Verhältnissen die Erwerbslosenunterstützung wieder eingeführt wird.

### Kartoffelwucher.

„Überzeugt den Verbraucher von der Überlegenheit der wirtschaftlichen Freiheit über den Zwang. Zeigt, daß kein Argwohn unbegründet ist; arbeitet mit an der Gesundung unseres Volks- und Wirtschaftslebens durch weite Wägung und selbst opfervolle Unterordnung unter das Gemeinwohl.“

Der Landbund an seine Berufsgenossen im Oktober 1920. Obwohl die Kartoffelpreise auf der Grundlage der Goldmarkbasis stehen, werden die Städte immer noch nicht mit Kartoffeln beliefert. Was wollen die Landwirte? Den doppelten, den dreifachen, den vierfachen Goldmarkpreis? Ist das die „weiche Wägung“? Will man so an der Gesundung des Volkes arbeiten? Und ist das die opfervolle Unterordnung? Als im Jahre 1920 die Kartoffeln der freien Wirtschaft ausgeliefert wurden, jubelte der Landbund in dem schon zitierten Aufsatz an alle Berufsgenossen: „Nach langen Kämpfen endlich ein großer Erfolg: Kartoffeln sind wieder frei.“ Und es hieß weiter, die erzwungene Wirtschaftsfreiheit verpflanze aber auch die Landwirte. Sie dürften nicht vergessen, daß die Landwirtschaft fortan einen Teil der Verantwortung für die Volksernährung und die Preise der Lebensmittel wieder auf sich nehmen müsse. Der Landbund kämpfte auf der einen Seite dafür, daß der Landbund für seine Produkte das erhalte, was sie ihm kosten, und was er für die Weiterführung seiner Wirtschaft brauche. Auf der andern Seite aber halte er es auch für seine Pflicht, den Landbund zu warnen, zu hohe Preise zu fordern. Niemand habe in dieser Zeit der schwersten Not ein Recht auf übermäßigen Verdienst.

Man vergleiche die heutigen Zustände mit diesen Versprechungen! Die Not ist heute viel größer als im Jahre 1920. Und das Verhalten der Landwirte? Sie, die sich durch Ausnahmegehalte gegen die Arbeiter schämen ließen, verlangen Goldmarkpreise! Schon das ist ein übermäßiger Verdienst. Doch auch der scheint ihnen nicht zu genügen, denn die Kartoffeln werden zurückgehalten, um noch höhere Preise zu erreichen. So überzeugt man jetzt den Verbraucher von der Überlegenheit der wirtschaftlichen Freiheit über den Zwang!

### Deutsche Kartoffeln in England.

Die Pittsburger Gazette Times brachte kürzlich folgende Mitteilung:

Tausende von Tonnen deutscher Kartoffeln sind auf den englischen Markt geworfen worden und verursachen den englischen Pflanzern schwere Verluste. Der Preis für Kartoffeln ist auf ungefähr 27,5 Dollar pro Tonne herabgedrückt worden, während die englischen Pflanzern sagen, daß sie Geld verlieren, wenn sie die Tonne unter 30 Dollar verkaufen. Die Pflanzern haben eine Vereinigung gebildet, die verhindern wird, ein Gefäß durchzubekommen, das die Kartoffeleinfuhr verbietet, wenn der englische Markt stabil ist.

Diese Nachricht ist durchaus nicht unwahrscheinlich. Im Vorjahre waren sovjetische Kartoffeln nach Holland gebracht worden, daß zahlreiche holländische Bauern den Arbeitern anboten, die Kartoffeln umsonst aus ihrem Acker zu heben, da die deutschen Kartoffeln billiger waren als der Lohn, den sie für die Ernte ihrer Kartoffeln bezahlen sollten. In diesem Jahre sind nun die Kartoffeln gleich nach England gegangen. Die Schieber in Deutschland sind immer noch eifrig dabei, deutsche Nahrungsmittel nach dem Ausland zu schaffen, weil das Devisen einbringt. Können die Grenzen nicht besser überwacht werden? Neben Kartoffeln werden nach andere Nahrungsmittel ins Ausland befördert. So sind, schreibt das Berl. Tagebl., einige dank der unbeschränkten Tätigkeit des Reichsernährungsministeriums vom Markt verschwunden. Alle brauchbaren Qualitäten dieser Ware aus deutschen Anlagen gehen nach der Tschechoslowakei. Deutschland leidet sich eine umfangreiche Fischausfuhr trotz seiner unerhörten Hungersnot. — Es wäre tatsächlich angebracht, Keller auf das Schiebergeschäft zu achten und die Produzenten auf ihre Pflicht hinzuweisen, als die Arbeiterkraft immer nur mit Pastorensalbedereien oder Drohungen zu beschwichtigen.

### Der Hunger nach Milliardenheinen.

Butter 3 Milliarden. Milch 388 Millionen.

So lautet der neueste Kurs der Hamburger Preisdiffektoren. Die laubere Begründung, der sich die Preiswirrwirler anschließen, und die die faulste Ausrede allerorten findet, sieht so aus:

„Angesichts der erschreckenden Abnahme der Butterzufuhren und der stark gefährdeten Milchversorgung Hamburgs sah sich die Butternotierungskommission genötigt, bei Herausgabe der heutigen Notierung der Gegenwertigung in gewissem Maße Rechnung zu tragen. Es liegen zahlreiche Zuschriften aus Erzeugerkreisen vor, aus denen hervorgeht, daß die Milch- und Butterproduktion schon nach bisheriger Preisentwicklung keinelei Rechnung mehr findet, und daß eine leidliche Versorgung des Marktes mit Milchprodukten nur dann möglich ist, falls Hamburg mit seinen Notierungen gleichen Schritt mit anderen Märkten hält. Diese anderen Hauptmärkte, Berlin, Bremen, Köln, waren jedoch gerade in letzter Zeit durch ihre höheren Notierungen in der Lage, höhere Preise als Hamburg zu bezahlen, wodurch der Hamburger Markt mehr und mehr nicht nur von Butter, sondern auch von Milch entblößt wird. Es sei wiederholt darauf hingewiesen, daß Butter zu den wenigen Lebensmittel gehört, die nicht annähernd den Weltmarktpreis erreicht haben. Butter kostet auf dem Weltmarkt gegenwärtig 4,5 Milliarden das Pfund.“

Sonderbar! Nos nicht zur Seite der Halsabschneider zählt, fennit Weltmarktpreise nur im Verierbild. Über wenn die Küche des überreichlich gewachsenen Futters nicht mit Milliardenheinen bespiessert erhalten, dann freisen sie nicht mehr. Sie freisen. Bei den Widerpenstigen hilft keine Warnung und keine Ausnahmeverordnung. Sie bleiben körtlich, selbst wenn das Guter plagt und die Kinder in der Stadt dukendweise umkommen. Sonderbar, aber trotzdem gemein!

### Maßnahmen gegen die Protverteuerung.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt:

Der Abbau der Markenschatzverwertung bedeutet eine jüßbare Befähigung gerade für die minderbemittelten Schichten. Um sie zu mildern, hat das Reichsarbeitsministerium eine Reihe ausgleichender Maßnahmen in die Wege geleitet. Im Bereich der Pöhne wird die Protverteuerung in dem Maß, wie sie den Lebenshaltungsindeks beeinflusst, auf den üblichen Wegen ihren Ausgleich finden. In der Erwerbslosenunterstützung ist eine neue Maßnahme angewiesen worden, am 16. Oktober betragen Erwerbslosen einen Vorkurs in Höhe des bisherigen Wochenbetrages auszuweisen, was dann eine weitere Zahlung in der zweiten Wochenhälfte tritt. Auf diese Weise hofft man die Unterstützung der vermehrten Teuerung schneller anpassen zu können und wird dieses Verfahren zweimaliger Zahlungen in der Woche auch in Zukunft beibehalten. Den Ländern wurden ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt, um die Beweissung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützungen für die zweite Oktoberhälfte nach der neuesten Reichsrichtzahl überall zu sichern. Den Sozial- und Kleinrentnern wird ferner am 22. Oktober eine weitere Unterstützung gewährt werden, wobei die am 18. Oktober zu veröffentliche Reichsrichtzahl zugrunde gelegt wird. In der Unfallversicherung erhalten die zulageberechtigten Rentenempfänger am Beginn der 4. Oktoberwoche durch die Post eine besondere Teuerungszulage zu der Rente, die am 15. Oktober für die zweite Oktoberhälfte gezahlt worden ist. Zugunsten der kinderreichen Familien sind vom Reichsfinanzministerium für die nächsten zehn Monate je eine Million Goldmark in Ausfikt gestellt; für die Zeit vom 15. Oktober bis 15. November sind die Mittel in Godanleibstünden bereits an die Länder abgegangen. Die Kriegsbeschädigten und Kriegerehrenterbliebenen, die zum Bezug der Zulage-rente berechtigt sind, erhalten in dieser Woche eine an die Erhöhung der Beamtenbezahlung angepaßte Zwischenzahlung.

### Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte!

Am 16. d. M. tagte in den Zentralhallen eine gemeinsame Versammlung aller Gewerkschaftsvorstände des ADGB, Ufa, ADL, Betriebsräte, Betriebsobleute und Baudelegierte. Genosse Sonnen Schmidt, Betriebsreferente über „Die wirtschaftliche und politische Lage, und welche Schlüsse haben die Arbeit-

nehmer hieraus zu ziehen.“ Mit seltener Deutlichkeit und Schärfe kennzeichnete der Redner die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Stiid sei die Arbeitnehmerschaft in den letzten Jahren von dem sie bekämpfenden Unternehmertum zurückgedrängt worden. Die proletarische Partei habe nicht immer die Großzügigkeit und das Erkennen der Probleme durch ihre Handlungsweise nachgewiesen. Nachdem Deutschland den Krieg verloren und den Friedensvertrag unterschrieben habe, mußte der Kampf der Arbeitnehmerschaft sich darauf einstellen, daß die Bezahlung dieses verlorenen Krieges nicht in erster Linie durch die Arbeitnehmerschaft erfolge, sondern durch die leistungsfähigen Kreise unseres Landes. Während Stinnes — mit dem Auspruch dieses Namens will der Redner nicht die Person, sondern das von Stinnes vertretene kapitalistische System bezeichnen — sich in seinem Kampf von dem oben angeführten Grundgedanke der Bezahlung letzten Lieb, war bei der Arbeitnehmerschaft diese Erkenntnis nicht in genügendem Umfange vorhanden. Es sei ein Irrtum, wenn die Arbeitnehmerschaft glaube, daß der Achtundentag von ihr erkämpft wurde. Das Stinnesystem hat in der Erkenntnis der Folgen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 den Achtundentag der Arbeitnehmerschaft als Kompensationsobjekt gegeben. So sei auch die Zentralarbeitsgemeinschaft — die der Redner ablehnt — nur die Kullisse gewesen, hinter der das Unternehmertum seinen Kampf gegen die Arbeitnehmerschaft führte. Im Laufe der letzten Jahre habe es Situationen genug gegeben, so führte der Genosse S. weiter aus, wo von der Arbeitnehmerschaft Forderungen an die Staatsgewalten gestellt werden konnten, um den großen Kampf um die Abzahlung der Kriegsschulden für sich günstiger zu gestalten. Das sei nicht geschehen. Redner äußert sich außerordentlich pessimistisch über den Ausgang des Kampfes um den Achtundentag. Wollen wir in dieser schwierigen Situation die Einrichtung der Arbeitnehmerschaft erhalten, um sie in dem großen Kampf, der mit dem Kapital ausgefochten werden muß, gebrauchen zu können, und dem auszuweichen wir nicht in der Lage sind, so sei es notwendig, die Einheit der Arbeitnehmerschaft in ihren gewerkschaftlichen Organisationen zu erhalten. Weiterhin sei die Befestigung des Ausnahmezustandes erforderlich. Denn nur in voller Bewegungsfreiheit, auch für die Arbeitnehmerschaft, sei es möglich, diesen Kampf zu führen. Fernerhin sei es erforderlich, brutal jeden Luxusverbrauch in Deutschland unmöglich zu machen. Außerdem sei eine Mehrarbeit in der Urproduktion, im Bergbau, unbedingt erforderlich, zumal die siebenstündige Schicht im Bergbau auch als unrationell angesehen werden müsse. Diese Mehrarbeit zu leisten sei die Arbeitnehmerschaft im Interesse der Nation bereit, nur müsse sie verlangen, daß die gleiche Bereitwilligkeit, Opfer zu bringen, auch beim Unternehmertum nicht nur vorhanden, sondern auch ausgeführt werden müsse. Hier müßten die Machtmittel des Staates rücksichtslos Anwendung finden.

Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag fand zeitweilig sogar die Zustimmung der anwesenden Kommunisten. Wenn allerdings der Redner aus wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Erfahrung einen Gedankengang vertrat, der der kommunistischen Agitation unbecom war, letzte bei ihnen ein Sturm von Zwischenrufen ein, wobei sich einige kommunistische Betriebsräte außerordentlich kindlich benahmen. Hieraus ist zu erkennen, daß sie einmal tiefgründige, wirtschaftliche Fragen nicht sachlich erörtern und verstehen können, zum andern es auch nicht wollen, soweit es ihnen für ihre Agitation nicht paßt. In der Aussprache beteiligte sich als Vertreter der KPD. K. o. f. Er legte eine Resolution vor, die in ihrer Einleitung die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmerschaft kennzeichnet und dann 1. die Aufhebung des Ausnahmezustandes fordert, 2. das Verbot proletarischer Zeitungen aufgehoben werden will, 3. unbedingte Einhaltung des Achtundentages verlangt, 4. Die Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess fordert, 5. Aufhebung des Verbots der proletarischen Hunderttausenden in Lübeck verlangt, und 6. die Bildung eines Arbeiterparlamentes für Lübeck fordert. Diese Resolution wurde von der Versammlung angenommen.

In seinem Schlusswort ging Genosse Sonnensmidt auf die von der KPD. gemachten Ausführungen kurz ein und wiederlegte deren Ansichten über die in Frage kommenden Maßnahmen, die nach ihrer Meinung zu ergreifen seien. Bei dieser Gelegenheit sagte er den Kommunisten noch einige Wahrheiten, die von ihnen mit großem Widerspruch aufgenommen wurden. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Zustände bei der Lübecker Ortskrankenkasse wendet, und die Wiederherstellung einer Krankenleistung verlangt, die den Bedürfnissen der Versicherten Rechnung trägt. Abgelehnt wurde ein Antrag, von Lübeck aus einen Reichsbetriebsrätekongress zu beschicken, der nicht von den dazu berufenen Organen der Gewerkschaften einberufen ist. Dem Zentralrat wurde ein Antrag überwiesen, der verlangt, daß in Anbetracht der großen Erwerbslosenzahl in Zukunft 5 Vertreter der Erwerbslosen zur Betriebsrätevollversammlung zugelassen werden. Mit der Aufforderung durch den Vorsitzenden des ADGB, dem Genossen Dreger, an die Versammlung, in dieser ersten Zeit stets wachsam und auf dem Posten zu sein, schloß die außerordentlich anregende Versammlung. d-r.

### Die neuen Postgebühren ab 20. Oktober.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 20. Oktober an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende in Millionen Mark:

- Für Postkarten im Ortsverkehr 2, im Fernverkehr 4.
- Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4, im Fernverkehr bis 20 Gramm 10.
- Für Druckachen bis 25 Gramm 2, über 25 bis 50 Gr. 4, über 50 bis 100 Gramm 6, über 100 bis 250 Gramm 10.
- Für Pakete bis 3 Kilogramm 1. Zone (bis 75 Kilometer) 25, 2. Zone (über 75 bis 375 Kilometer) 50, 3. Zone (über 375 Kilometer) 50, über 3 bis 5 Kilogramm 35 bezw. 70.
- Für Postanweisungen bis 100 Millionen Mark 3, über 100 bis 500 Millionen Mark 6, über 500 bis 1000 Millionen Mark 10, über 1000 bis 5000 Millionen Mark 15; für bar eingezahlte Zahlarten bis 100 Millionen Mark 1, über 100 bis 500 Millionen Mark 2, über 500 bis 1000 Millionen Mark 3, über 1000 bis 5000 Millionen Mark 4.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. Das Parteisekretariat bleibt bis auf weiteres die Sonnabend-Nachmittage geschlossen.

Stadtheater. Freitag: Mozarts „Così fan tutte“. Sonnabend für die Volksbühne: „Der Marquis v. Keith“. Sonntag vormittag 11 Uhr: Einführender Vortrag zu Korngold „Lotte Stabl“ von Kapellmeister Mannstaedt.

### Sport.

An die Sportvereine! Wir bitten die Vereine, alle Einmeldungen mit vollem Namen und Adresse oder Vereinsstempel zu unterzeichnen. Der Verlag des Lübecker Volksboten benötigt die genaue Adresse bei den Eintragungen, um Irrtümer zu vermeiden. Nicht ordnungsgemäß signierte Einmeldungen werden nicht mehr aufgenommen.

